

## Ein Ultimatum der Entente an Holland.

### Zur Lage im Osten.

#### Unsere Truppen in Odessa.

Berlin, 14. März. Die Besetzung von Odessa wurde durch deutsche Truppen ausgeführt. Im Hafen von Odessa befinden sich 15 russische Kriegsschiffe. Der deutsche Truppenführer verhandelt mit vier Komitees der Stadt. Am Nachmittag trafen österreichische Truppen ein und drangen in Odessa ein. Bei Bagmatich wurde der Feind, der gut geführt war und in der Hauptsache aus tschekischen Deserteuren bestand, geschlagen. Die Regierung ist endgültig von Petersburg nach Moskau übergesiedelt. Ueber die Ergebnisse der Räteverhandlungen liegen noch keine Nachrichten vor. Zehntausende Kreise des besetzten Rußland hatten gehofft, daß die Deutschen eine Räumung des gesamten Rußland von den Bolschewikis vornehmen würden. — Nach einem Befehl Krenkows sollten alle gefangenen deutschen Offiziere, die sich an der Front befinden, erschossen werden. — In den Dörfern der Ukraine herrscht völlige Anarchie. Da Getreide und Lebensmittel von den Bauern auf dem Lande zurückgehalten werden, leiden die großen Städte Not. — Die tschekischen Truppen fühlen sich als ein französischer Truppenteil. Sie sollen demnächst aus der Gegend von Charkow nach Bladiwostol transportiert werden.

#### Die russische Schwarze Meerflotte in Odessa?

(W.B.) London, 15. März. (Reuter.) „Daily Express“ erfährt aus Petersburg: Der größte Teil der Schwarze Meerflotte liegt in Odessa, aber alle Handelsschiffe sind nach Sewastopol übergeführt worden.

#### Die zwiespältige Stimmung in den Kreisen der russischen Marimalisten.

Berlin, 14. März. Der „L.A.“ meldet aus Stockholm: Nach heute eingegangenen Nachrichten aus Moskau wird erwartet, daß die Tagung des Moskauer Kongresses außerordentlich hitzig werden wird. Die Opposition, welche von Nadel geführt wird, der ebenfalls aus dem Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten ausgetreten ist, will eine große Agitation für sofortige Feindseligkeiten beginnen. Nadel kündigt bereits neue Enthüllungen an. Die Gegenpartei Lenin empfiehlt dagegen vorläufige Zurückhaltung, aber auch sie ist darüber einig, daß Rußland, falls es wiederum kampffähig wird, den Krieg gegen Deutschland im Sinne der sozialen Revolution aufnehmen muß. Lenin lenket nun Rußlands Kampffähigkeit für absehbare Zukunft. Die Erneuerung des Krieges würde, meint er, zur Unterwerfung des ganzen Landes führen. Die Regierungsoorgane reisten gestern nach Moskau ab. Ein besonderes Volkskommissariat, genannt Nationalistisch-Kommunistischer Rat, wurde in Petersburg gegründet. Er soll in Petersburg die Ordnung aufrecht erhalten und steht unter Trozky's Präsidium, welcher nicht auf der Moskauer Tagung erscheinen wird.

#### Das sibirische Problem.

(W.B.) London, 14. März. (Reuter.) „Daily Mail“ erfährt aus Washington vom 11. März. Der chinesische Gesandte in Tokio berichtet, daß er bisher nicht imstande gewesen sei, über die Entscheidung Japans hinsichtlich Sibiriens sicheren Bescheid zu erhalten. Am Freitag fand in der Amtswohnung des Premierministers eine vierstündige Besprechung statt, an der der Premierminister, der Kriegsminister und der Chef des Generalstabs teilnahmen. Die chinesische Regierung beauftragte ihren Gesandten, der japanischen Regierung mitzuteilen, daß China an den Vorfällen, durch die das russische Problem gelöst werden soll, mitwirken und daß es die Regelung der Einzelheiten auf sich beruhen lassen wolle, bis der japanische Botschafter nach Peking zurückgekehrt sei. Infolge der fortwährenden politischen Reibungen zwischen Nord- und Südchina hat der General Tuan Schi Dui große Schwierigkeiten, um ausreichende Verstärkungen nach den bedrohten (?) Strecken der sibirischen Grenze zu schicken. Aus Peking wird berichtet, daß der japanische Botschafter in Peking von

seiner Regierung endgültige Instruktionen empfing, um zwischen den einander bekämpfenden chinesischen Parteien zu vermitteln, da diese fortwährenden Schwierigkeiten eine Gefahr für den Frieden im fernem Osten bilden. Der russische Gesandte in China, Fürst Kocischew, richtete einen leidenschaftlichen Appell an die Regierung und verurteilte darin scharf die Verräter in Rußland. Er erklärte, daß die Hilfe der Alliierten nötig sei, um den deutschen Imperialismus zu bekämpfen. Man ist überzeugt, daß jetzt, wo Japan erklärt hat, daß es keine Annexionspläne habe, Tausende von Russen, insbesondere frühere Offiziere, nur auf die japanische Intervention warten, um Truppen zu organisieren und die Ordnung wieder herzustellen. — (Wie England und Amerika die Chinesen jetzt als Mitghaber verschlehen ist nicht abel. Die Japaner scheinen aber in der sibirischen Suppe doch ein Haar gefunden zu haben, weil sie immer noch mit dem Auslöffeln warten. D. Schöpsfl.)

#### Zu den Verhandlungen mit Rumänien.

(W.B.) Berlin, 14. März. Das russische Friedensinstrument, das nach Bukarest geschickt werden mußte, um die Unterschriften des Staatssekretärs v. Kühlmann und des Ministers Grafen Czernin einzuholen, ist, wie wir erfahren, nunmehr wieder in Berlin eingetroffen und wird heute dem Bundesrat zugestellt werden. Die kommissarischen Verhandlungen mit Rumänien haben, wie weiter verlautet, einen günstigen Verlauf genommen. Die Hauptverhandlungen werden nunmehr wieder aufgenommen werden, nachdem der rumänische Unterhändler in Bukarest wieder eingetroffen ist.

#### Russische Unterstützung der Roten Garde in Finnland.

(W.B.) Haparanda, 14. März. In Finnland treffen täglich Waffen, Munition und Truppen für die Rote Armee ein. Am 6. März kamen beispielsweise in Helsinki 3 Eisenbahnwagen mit Schrapnell, 6 Wagen Karabiner, 29 Maschinengewehre und 2 Wagen mit Gewehren an.

#### Eine finnische Gesandtschaft in Berlin.

(W.B.) Berlin, 14. März. Nachdem in Voraussetzung der Befähigung des abgeschlossenen Friedensvertrages die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland aufgenommen worden sind, ist in Berlin eine finnische Gesandtschaft eingerichtet worden, die unter der Leitung des Gesandten Wikf. Staatsrats Dr. Hjelt ihre Tätigkeit begonnen hat. Die Geschäftsräume der Gesandtschaft befinden sich Wichmannstraße 28, II.

#### Die Polen leuten ein.

Wie wir hören, scheinen die Polen begriffen zu haben, daß es auf die Weise, die sie besonders in letzter Zeit ihre Interessen zu vertreten für richtig fanden, nicht weitergeht. So haben sie eingesehen und, wenn nicht alles täuscht, dürfte zurzeit die angebahnte Verständigung bereits ziemlich weit gefördert sein. Endgültiges läßt sich noch nicht sagen, aber soviel dürfte feststehen, daß die polnischen Unterhändler in Übereinstimmung mit dem Regensburger Rat bedingungslos die heutige Westgrenze anerkennen und damit also auf die mannigfach geäußerten, aber überaus törichte Ansprüche auf preussische, von Polen bewohnte Landesteile verzichten. Ferner haben die Polen wohl eingesehen, daß für die weitere Entwicklung des selbständigen Polens, die Abkehr von Rußland und der Anschluß an die Mittelmächte eine Lebensnotwendigkeit ist. Trifft dies zu, so könnte allerdings, wie weiterhin verlautet, deutscherseits dafür eingetreten werden, daß ein gewisser territoriales Zusammenhang zwischen dem polnischen Gebiet und Rußland hergestellt wird. Die früher vielfach ermogene Abschließung Polens von Rußland hat somit auch bei den deutschen Sachverständigen vielfach Mißbilligung gefunden. Kommt nun noch hinzu, daß, wie dies ja auch bereits beabsichtigt gewesen ist, in der von den Polen so überaus schwer genommenen Cholmer Frage ein allerseits erträglicher Ausgleich gefunden wird, so scheinen in der Tat die Grund-

lagen für eine erfreuliche Konsolidierung der polnischen Interessen und für deren Abstimmung mit denen der Mittelmächte gegeben zu sein.

#### Neurlaubungsfragen im österreichischen Heer.

(W.B.) Wien, 15. März. Gestern vormittag fand eine Besprechung der Klubmänner aller Parteien des Abgeordnetenhauses statt über die Entlassung der Landsturmjahrgänge. Ueber den Verlauf der Besprechungen verlautet: Landesverteidigungsminister v. Czapp erklärte, die Ansicht, durch die Entlassung der Offiziere keine Neurlaubungen im weitesten Maße gerechtfertigt werden, sei in den tatsächlichen Verhältnissen nicht begründet. Man könne nicht alle an der Ostfront stehenden Formationen von dort abziehen, weil die gegenwärtigen Verhältnisse im Osten dies noch nicht zuließen. Andererseits zeige auch der Gegner an der Südwestfront noch gar keine Absicht, eine Annäherung zu Friedensverhandlungen zu bekunden. Der Minister teilte einen kaiserlichen Erlass über die Entlassung der Landsturmjahrgänge 1867 bis 1869 mit und fügte hinzu, daß die Mannschaften der Jahrgänge 1870 und 1871 nach Maßgabe der aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden tauglichen Kriegsgefangenen jüngerer Jahrgänge aus der Front gezogen und im Hinterland verwendet werden sollten. — Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler wies darauf hin, daß durch das kaiserliche Befehlschreiben den dringenden Wünschen der Bevölkerung Rechnung getragen werde und daß auch eine gewisse Entlastung des Parlaments eingetreten sei. Er bitte die Parteien, daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

#### Die Erpressungspolitik der Entente gegenüber den Neutralen.

##### Ein Ultimatum der Alliierten an Holland.

(W.B.) Amsterdam, 14. März. Der Vertreter des Volksbureaus in Amsterdam erfährt, daß der englische Gesandte im Haag im Namen der alliierten Regierungen und der Vereinigten Staaten von Holland die Auslieferung seines gesamten Schiffstraums gegen entsprechende Frachtraten und Entschädigung der beschädigten Schiffe nach dem Krieg für Fahrten auch innerhalb des Sperrgebietes verlangt hat. Der holländischen Regierung wurde zu ihrer Antwort eine Frist von acht Tagen eingeräumt. Falls dieser Forderung der alliierten Regierungen nicht nachgegeben werden sollte, würden die holländischen Schiffe in den Häfen der Vereinigten Staaten requiriert und die auf See befindlichen holländischen Schiffe beschlagnahmt werden. Außerdem würde an Holland in diesem Falle von den alliierten Regierungen kein Brotgetreide geliefert werden.

##### Auch von Schweden wird weiterer Schiffraum verlangt.

(W.B.) Malmö, 14. März. „Sv. Dagbl.“ schreibt: Bei einer Versammlung, die in Göttingen zwischen mehreren bekannten Reedern und Vertretern der Regierung stattfand, hat (wie „Göteborgs Morgenvoigt“ erfährt) die Regierung um Ausgabe von weiteren 400 000 Tonnen schwedischer Tonnage an die Entente gebeten. Die Vertreter der Reedereien sehen einem solchen Vorschlag natürlich bedenklich gegenüber; es scheint indessen, als ob die Regierung ihre Hände schon im voraus gebunden und die Handelsflotte Schwedens verschenkt hätte, ohne die Reeder zu fragen. Es wurde nämlich angebeutet, daß, wenn die Reeder sich nicht entgegenkommend stellten, die Regierung von dem Enteignungsrecht Gebrauch machen und die Tonnage zwangsweise requirieren würde.

Wenn die Neutralen bis heute noch nicht Klarheit darüber gewonnen hatten, wer ihre Rechte mit Füßen tritt und woher sie in der Zukunft die schlimmsten Beeinträchtigungen ihrer wirtschaftlichen und politischen Freiheit zu besorgen haben, so hat ihnen nun wohl das Ultimatum der Entente und der Vereinigten Staaten die Augen geöffnet. Die Forderungen dieser „Besitzer der kleinen Völker“ stellen nämlich nichts anderes als ein wirkliches Ultimatum dar.

**Ämtliche Bekanntmachungen.**

Bestimmungen der Landesversorgungsstelle über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saatzwecken und deren Höchstpreise (Staatsang. Nr. 42).

Nach den reichsrechtl. Vorschriften\*) dürfen Saat- und Steckzwiebeln zu Saatzwecken nur gegen Saatkarte und mit Genehmigung der Landesstelle für Gemüse und Obst nach deren näheren Bestimmungen abgesetzt werden. Demgemäß wird bestimmt:

1. Saatkarten für Saat- und Steckzwiebeln werden auf Antrag des Erwerbers erteilt.

2. Die Erteilung der Saatkarte für Verbraucher erfolgt durch den Ortsvorsteher desjenigen Orts, an dem sich der Betriebs- oder Wohnsitz des Verbrauchers befindet.

Der Ortsvorsteher prüft vor der Ausstellung der Saatkarte, ob der Antragsteller tatsächlich die Zwiebeln zu Saatzwecken benötigt und ob die beantragte Menge nicht unhältnismäßig groß ist.

3. Die Erteilung der Saatkarte für Händler erfolgt durch die Landesversorgungsstelle.

4. Der Erwerber hat die Saatkarte dem Veräußerer spätestens bei Lieferung des Saatguts auszuhandigen.

5. Der Veräußerer hat die Saatkarte dem Erwerber vor oder bei der Lieferung abzunehmen und spätestens am Tage nach der Lieferung portofrei an die Stelle (Schultheißenamt oder Landesversorgungsstelle) abzugeben, die die Karte ausgestellt hat.

6. Die Saatkarte wird nach folgendem Muster ausgestellt:

Formular for the seed card application, including fields for 'Oberamt', 'Gemeinde', 'Name des Erwerbers', 'Beruf des Erwerbers', 'Wohnort', 'Name des Veräußerers', 'Name des Ortsvorstehers', and 'Name des Orts'. It also includes a section for 'kg ländliche und ovale Steckzwiebeln' and 'kg Blattrunde (süddeutsche) Steckzwiebeln'.

Diese Karte ist dem Veräußerer spätestens bei Lieferung des Saatguts auszuhandigen. Der Veräußerer hat sie abzunehmen und spätestens am folgenden Tage an das Schultheißenamt portofrei abzugeben, das die Karte ausgestellt hat.

\*) Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 15. November 1917, Staatsanzeiger Nr. 280 vom 29. November 1917.

Die Saatkarte als Vorkarte ausgeführt, so enthält sie auf der Rückseite den Ausdruck:

Vorkarte  
In das  
Schultheißenamt

7. Die Ortsvorsteher führen ein Verzeichnis über die ausgestellten Saatkarten, woraus dieselben Angaben ersichtlich sind, wie aus der Saatkarte selbst.

Die Ortsvorsteher sammeln die an sie zurückkommenden Saatkarten. Ergibt sich bei mindestens Stichprobeweiser Prüfung, daß ausgestellte Saatkarten binnen einer angemessenen Frist nicht zurückgekommen sind, so untersucht der Ortsvorsteher, ob nicht eine mißbräuchliche Verwendung der Saatkarte vorliegt.

8. Den Veräußerern gilt die Abgabegenehmigung an diejenigen Personen als erteilt, die ihnen Saatkarten abgeben, und zwar bezüglich derjenigen Arten und Mengen, die aus der Saatkarte ersichtlich sind.

9. Soweit Saat- und Steckzwiebeln zu Saatzwecken unter Beachtung der vorstehenden Bestimmungen abgesetzt werden, dürfen beim Verkauf durch den Erzeuger die für Saatgut zugelassenen höheren Preise gefordert werden, andernfalls unterliegen alle Zwiebeln, auch Steckzwiebeln, den Erzeugerhöchstpreisen für gewöhnliche Zwiebeln. Die von der Reichsstelle für Gemüse und Obst vorgeschriebenen Höchstpreise für Saatgut betragen:

Table with 2 columns: 'Saatzwiebeln' and 'der Rtr. 18 M'. It lists prices for 'ländliche und ovale' and 'Blattrunde (süddeutsche)' types in various sizes.

10. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden auf Grund der Verordnung über Gemüse und Obst vom 3. April 1917 bestraft.

11. Diese Bestimmungen treten sofort in Kraft.  
Stuttgart, den 14. Februar 1918.

Vorstehende Bestimmungen werden hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.  
Calw, den 23. Februar 1918.

Dem Kommunalverband steht ein Quantum Fruchtsirup und Kompostfrüchte für Krankenanstalten zur Verfügung. Die in Frage kommenden Anstalten wollen sich bis 25. März d. J. bei dem Unterzeichneten anmelden.  
Calw, den 11. März 1918.

Die von der Brandversicherungskasse zu bezahlende Gebühr für Aenderung des Feuerversicherungsbuchs und Umlage der Beiträge ist durch Min.-Verf. vom 21. Februar 1918 (Reg.-Bl. S. 34) um je 2 S. zusammen somit auf 16 S. für jedes Gebäude erhöht worden, worauf die betr. Gemeindebeamten noch besonders aufmerksam gemacht werden.  
Calw, den 13. März 1918.

Unter Hinweisung auf den in Nr. 13 des 'Calwer Tagblatt' erschienenen Aufruf 'Obsterzeuger, ver-

sehen. Das möge man in Holland bei Beratung der Antwort an die Entente in Betracht ziehen. Und das mögen sich auch die andern Neutralen, namentlich Schweden, das ebenfalls im Begriff steht, 500 000 Tonnen Schiffsräum an die Entente zu verschahren, überlegen. Wenn auch die 1 1/2 Millionen Tonnen, die die Neutralen noch der Entente zur Verfügung stellen können, die Wirkung unseres U-Bootkrieges nicht verhindern können, so wirkt diese Hilfe doch kriegsverlängernd, und ist deshalb in höchstem Grade unneutral. Die deutsche Regierung wird daher der Frage der Erpressung neutralen Schiffsräums besondere Aufmerksamkeit widmen müssen.

Was wird nun Holland tun? Es muß zugegeben werden, daß es sich in einer schwierigen Lage gegenüber dieser mächtigen Koalition befindet. Andererseits trägt es auch viel selbst Schuld an den unerschämten Forderungen der Alliierten, weil man immer und immer wieder ihren ungerechtfertigten Ansprüchen nachgegeben hat, wodurch diese den Eindruck gewinnen mußten, daß sie sich jeden Uebergriff gegenüber Holland erlauben dürfen. Holland hat aber auch noch Pflichten nach der andern Seite. Wir haben den Neutralen in ihrer schwierigen Lage manche unneutrale Haltung nachgesehen, und haben ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wo es ging, zu mildern versucht. Aber wenn unsere Interessen durch die Rückgratlosigkeit der Neutralen berart geschädigt werden, daß für unsere Kriegsführung ernste Nachteile entstehen, so können wir auch nicht mehr ruhig

mehrt die 'Obsterträge' werden die Schultheißenämter veranlaßt, den Besitzern von Obstbäumen dringend zu empfehlen, das Umpfropfen von Obstbäumen nur durch anerkannt tüchtige Sachverständige vornehmen zu lassen.

Bei dieser Gelegenheit wird nochmals auf die am 25. d. Mts. stattfindende Belehrung der Gemeindevorstände über das Abwerfen und Umpfropfen der Obstbäume durch Oberamtsbaumwart Ribmann hier aufmerksam gemacht.  
Calw, den 9. März 1918. Rgl. Oberamt: Binder.

A. Oberamt Calw.

Auf die im 'Staatsanzeiger' Nr. 60 (Beilage) ersichene Bekanntmachung der Rgl. Zentralkasse für die Landwirtschaft vom 8. d. Mts., betreffend die Abhaltung von Unterrichtskursen im Aufbeschlag, werden die beteiligten Kreise hiemit hingewiesen.

Der 'Staatsanzeiger' kann bei den Herren Ortsvorstehern eingesehen werden.

Den 13. März 1918. Regierungsrat Binder.

Schulwerk.

1. Die Einführung der Ersatzlohlen begegnet noch immer dem Widerstand eines Teils der Bevölkerung und des Schuhmacherhandwerks. Es wird daher wiederholt darauf hingewiesen, daß Bodenleder für die Zivilbevölkerung nicht mehr zur Verfügung steht und auch in dem Maße, daß der Krieg bald zu Ende gehen sollte, nicht so rasch vorhanden sein wird. Auch die landwirtschaftliche Bevölkerung kann auf Zuweisung von Leder oder Lederabfällen nicht rechnen, soweit nicht etwa einzelnen Gemeinden, besonders solchen mit vorwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung, auf Ansuchen vom Kriegsministerium das für die Heeresverwaltung irgend entbehrliche Schuhwerk überwiesen wird. Unter den verschiedenen Arten von Ersatzlohlen tritt die Holzlohle immer mehr in den Vordergrund. Die Holzlohle ist namentlich auch für die landwirtschaftliche Bevölkerung brauchbar. Im Handel besteht zurzeit Mangel an den größeren Nummern von Vollholzlohlen. Die Ersatzlohlenindustrie ist bereit, den augenblicklichen Bedarf hiervon in dem von ihr zugelassenen Modell G zu liefern, sofern die Bestellungen durch Vermittlung der Kommunalverbände bei der Zentralkasse für Gewerbe und Handel erfolgen. Der Preis beträgt für die größeren Nummern etwa 1,50 M. ohne Kosten für Fracht und Verpackung.

2. Der Hauptverteilungsausschuß des Schuhhandels, Berlin C, Neue Friedrichstraße 23, gibt sogenannte Wohlfahtsstiefel für die Minderbemittelten ab, das sind Kriegsstiefel, deren Oberseite aus Lederabfällen, Segeltuch, Papiergegenweben usw. bestehen und die mit unbeweglicher Holzlohle versehen sind. Voraussetzung ist, daß die Gemeinde den Minderbemittelten mindestens einen größeren Zuschuß leistet. Die örtlichen Schuhkleinhändler, durch welche die Ware in den Verkehr kommt, sind dann verpflichtet, auf die eingelempelten Kleinverkaufspreise einen Nachlaß von 10 Prozent zu gewähren. Etwaige Verhandlungen hierüber sind mit dem Hauptverteilungsausschuß unmittelbar zu führen.  
Calw, den 12. März 1918. Rgl. Oberamt: Binder.

Der holländischen Regierung wurde kürz- und kurz erklärt, wenn ihr innerhalb acht Tagen nicht eure Einwilligung gebet, daß die Entente die in den Häfen der Vereinigten Staaten liegenden holländischen Schiffe zum überseeischen Verkehr, und zwar auch durch die Suezzone, verwenden darf, so nehmen wir uns einfach das Recht dazu, und beñhagen sie ohne eure Einwilligung. Außerdem würden noch alle auf See befindlichen holländischen Schiffe beschlagnahmt und Holland würde von den alliierten Regierungen kein Brotgetreide geliefert bekommen. Das sind solche Bedingungen, die man einem souveränen Staate nur dann anfinnen kann, wenn man mit ihm direkt Krieg sucht, oder wenn man annimmt, daß der betreffende Staat zur Verteidigung seines Rechts nicht in der Lage ist. Es erscheint nicht unmöglich, daß die Entente beide Auffassungen in Rechnung gestellt hat. Man muß bedenken, daß England das Wasser an der Gurgel steht. Mit allen Mitteln der Technik ist es den Alliierten nicht gelungen, den Schiffsräum mangel zu beseitigen, der durch die andauernden Torpedierungen von Tag zu Tag größer wird wodurch die Versorgung der Entente, und namentlich Englands, sich stetig schwieriger gestaltet. Der Zeitpunkt, in dem diese autowalische Verringerung des Schiffsräums zur Katastrophe für die europäischen Alliierten führt, ist nicht mehr fern, was liegt also bei der bisherigen rücksichtslosen Gewaltpolitik der Entente näher, als die Beschaffung von Schiffsräum um jeden Preis, d. h. in diesem Falle durch Beschlagnahme des bisher noch nicht in Anspruch genommenen neutralen Schiffsräums. Wenn das Schicksal der englischen Welt Herrschaft auf dem Spiel steht, da kammern sich die Herren in London und die Mitaktionäre in Washington verflucht wenig um Recht oder Unrecht, da kann nur die Gewalt noch helfen, und wenn man dadurch Erfolg hat, dann hat man auch zum Schluß recht. Das ist angelsächsische Moral. Und das das eine besondere Moral ist, das hat uns heute ja der englische Ministerpräsident wieder recht einbringlich klar gemacht. Vielleicht würde die Entente einen Krieg mit Holland nicht einmal so ungern sehen. Man braucht wirklich nicht lange zu suchen, um einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der feindseligen Haltung der Entente gegenüber Holland und der offensichtlichen Aufmunterung Japans zur Teilnahme am

Es ist früher schon davon die Rede gewesen, daß man Japan für eine etwaige aktive Teilnahme am europäischen Krieg die großen holländischen Besitzungen in Indien angeboten habe. Diese Gerüchte gingen zu der Zeit, als man in Paris eine Landung in Holland verabredet hatte, die aber deshalb nicht ausgeführt wurde, weil die holländische Regierung von der Sache Wind bekam und erklärte, daß Holland mit allen Mitteln der Verletzung seiner Neutralität entgegenzutreten werde. Nun glauben die Alliierten der Hilfe Japans vielleicht sicher zu sein, so daß man eine Weigerung Hollands, das Ultimatum anzunehmen, womöglich nicht einmal ungern sehen würde, um den Japanern den Preis für ihr Einreisen später auszahlen zu können. Wie ja von englischer Seite gemeldet, daß in Tokio ein Telegramm aus London angekommen sei, auf das hin die japanische Regierung ihre Entscheidung treffen werde. In erster Linie wird es sich natürlich um Sibirien handeln. Es heißt, Japan wolle ganz Sibirien bis zum Baikalsee vorläufig besetzen unter Auswendung eines starken Heeres. Daß man denn eventuell die holländischen Besitzungen zwecks Aufrechterhaltung der Ruhe im Osten besetzt, erscheint, angesichts der 'großzügigen' japanischen Politik, die die Alliierten gegenwärtig und gegen ihre Interessen jetzt wohl oder übel noch gutheißen müssen, nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit.

Was wird nun Holland tun? Es muß zugegeben werden, daß es sich in einer schwierigen Lage gegenüber dieser mächtigen Koalition befindet. Andererseits trägt es auch viel selbst Schuld an den unerschämten Forderungen der Alliierten, weil man immer und immer wieder ihren ungerechtfertigten Ansprüchen nachgegeben hat, wodurch diese den Eindruck gewinnen mußten, daß sie sich jeden Uebergriff gegenüber Holland erlauben dürfen. Holland hat aber auch noch Pflichten nach der andern Seite. Wir haben den Neutralen in ihrer schwierigen Lage manche unneutrale Haltung nachgesehen, und haben ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wo es ging, zu mildern versucht. Aber wenn unsere Interessen durch die Rückgratlosigkeit der Neutralen berart geschädigt werden, daß für unsere Kriegsführung ernste Nachteile entstehen, so können wir auch nicht mehr ruhig

zusehen. Das möge man in Holland bei Beratung der Antwort an die Entente in Betracht ziehen. Und das mögen sich auch die andern Neutralen, namentlich Schweden, das ebenfalls im Begriff steht, 500 000 Tonnen Schiffsräum an die Entente zu verschahren, überlegen. Wenn auch die 1 1/2 Millionen Tonnen, die die Neutralen noch der Entente zur Verfügung stellen können, die Wirkung unseres U-Bootkrieges nicht verhindern können, so wirkt diese Hilfe doch kriegsverlängernd, und ist deshalb in höchstem Grade unneutral. Die deutsche Regierung wird daher der Frage der Erpressung neutralen Schiffsräums besondere Aufmerksamkeit widmen müssen.

**Die Lage auf den Kriegsschauplätzen**

Die amtliche deutsche Meldung.

(WB.) Großes Hauptquartier, 14. März. (Amtlich, Westlicher Kriegsschauplatz. Die feindliche Artillerie entwickelte in einzelnen Abschnitten zwischen der Eise und der Scarpe, beiderseits der Maas und im Sandgau in der Gegend von Altkirch rege Tätigkeit. Auch an der übrigen Front vielfach lebhaftes Störungsfeuer. Kleinere Zusammenstöße im Vordere der Stellungen.

Gestern wurden im Luftkampf und von der Erde aus 17 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballon abgeschossen. Von einem nach Freiburg fliegenden feindlichen Weschwader wurden an der Front 3 Flugzeuge heruntergeholt. Rittermeister Freiherr v. Nischhofen erlangt seinen 65. Luftflug.

Ostern. Die im Einvernehmen mit der rumänischen Regierung von Braila über Galatz-Bender auf Odesa angeforderten deutschen Truppen haben nach Vandenkamf bei Moldowenta Odesa besetzt; ihnen sind von Schmerling her österreich-ungarische Truppen gefolgt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

Ein neuer Luftschiffangriff auf England. (WB.) Berlin, 14. März. Im Anschluß an eine Patrouillenfahrt in der Nordsee belegte eines unserer Marine-Luftschiffe Kommandant Kapitänleutnant Dietrich, in der

Nacht vom 13. zum 14. März den Gasen und die Industrieanlagen von Hartlepool erfolgreich mit Bomben. Das Luftschiff hat trotz zeitweiser starker Gegenwirkung keinerlei Beschädigung erlitten. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

#### Die englischen Berichte zum Luftschiffangriff.

(W.B.) London, 14. März. Reuter meldet: Nur ein Luftschiff hat die Küste passiert und vier Bomben auf Hartlepool abgeworfen. Das Schiff flog in großer Höhe und blieb nur einige Minuten über dem Land. Die übrigen Bomben scheinen in die See gefallen zu sein. Sechs Wohnhäuser wurden zerstört und ungefähr 30 beschädigt. Nach den letzten Berichten wurden 1 Mann, 1 Frau und 3 Kinder getötet und 3 Männer, 1 Frau und 5 Kinder verwundet.

(W.B.) London, 14. März. (Reuter. Amtlich.) Nach inzwischen eingelaufenen Berichten flogen drei feindliche Luftschiffe vorgestern abend zwischen 8 1/2 und 10 Uhr über die Küste von Norfolk. Nur eines wagte es, sich der besetzten Stadt Hull zu nähern. Es warf dort 4 Bomben ab. Die beiden anderen Luftschiffe kreuzten während einiger Stunden in großer Höhe über verschiedenen Distrikten und nahmen dann wieder Kurs nach dem Meere.

(W.B.) Haag, 14. März. Wie der „N. C.“ aus London erfährt, wenden sich die „D. News“ gegen die Weiterverteilung durch Luftangriffe. Die auf deutsche Städte ausgeführten Angriffe bewirkten nur, daß die Luftangriffe auf London zahlreicher würden, anstatt daß ihnen ein Ende gemacht werde. Das Blatt schreibt: Das einzige Kennzeichen aller dieser Angriffe ist, daß nichts dabei herauskommt, was von militärischer Bedeutung sein könnte.

#### Neue U-Bootsverluste.

(W.B.) Berlin, 14. März. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England, vorwiegend im Ärmelkanal, fügten unsere U-Boote dem Gegner neuerdings einen Verlust von 20 000 K. r. - T. - Tonnen Handelschiffraum zu. Alle vertriebenen Dampfer, darunter drei wertvolle Schiffe von 4000 bis 5000 K. r. - T. - Tonnen waren bewaffnet und größtenteils Karol gesichert. Namentlich festgestellt wurde der tiefbeladene französische Dampfer „Senegambique“ (1628 K. r. - T. - T.). Den Hauptteil an diesen Erfolgen hat der Kapitänleutnant Biebeg. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

### Aus dem feindlichen Lager.

Lloyd George beschlagnahmt selbst die göttliche Gerechtigkeit für England.

Amsterdam, 14. März. Lloyd George hat, der „Köln. Ztg.“ zufolge, wieder einmal eine Ansprache gehalten, diesmal vor der Jahresversammlung der Vertreter der Freien Kirchen Englands. Er versicherte, in Englands Kriegszielen stehe auch nicht eine Spur von Selbstsucht. Wir wünschen in erster Linie zu erreichen, daß der Krieg fortan als ein Verbrechen angesehen wird, das vor dem internationalen Richter strafbar ist. Wie eine Gesellschaft sich vereinigt, um ein Verbrechen zu strafen, so wollen sich die Völker zusammenschließen zum Schutz des Einzelnen gegen die rohe Gewalt. Wenn wir die Waffen niederlegen, ehe das erreicht ist, so hieße das Zweifel an der Gerechtigkeit des Völkers der Welt. Dann sprach Lloyd George vom Völkerverbund und dem Kaiser, der seine Herrschaft bekannt habe durch die Erklärung, Deutschland nehme nicht nur den Völkerverbund an, sondern sei auch bereit, sich an dessen Spitze zu stellen. Die wahren Aelteste des Völkerverbundes seien die Millionen junger Männer aus allen Teilen des Britischen Reiches, Frankreich und Italiens, die jetzt auf dem Schlachtfeld ständen. Wenn sie unterliegen, ist alles verloren, liegen sie, so wird der Völkerverbund gestiftet werden. — (Es ist geradezu skandalös, was ein englischer Staatsmann seinem Volk in bezug auf Heuchelei bieten darf. Aber das englische Volk ist selbst der Ueberzeugung, daß es ganz allein dazu bestimmt ist, die Welt zu beherrschen, und daß es deshalb nur göttliche Gerechtigkeit ist, wenn es andere Völker vernichtet. Wie England den Völkerverbund Wilsons aufstellt, ist typisch für englische Anschauung. Der Völkerverbund soll nur dazu da sein, England sein Bestehen und seinen Raub zu sichern. Die Schriftleitung.)

#### Ausbildung weiterer amerikanischer Truppen.

(W.B.) Washington, 14. März. Es erging an weitere 95 000 Mann der Befehl, sich zur Einstellung in die Uebungslager bereit zu halten. Das ist die letzte Einstellung der ersten Gesehllungsaufzüge.

#### Die schrittweise Heranbildung des amerikanischen Volksherees.

(W.B.) Washington, 15. März. Der Oberstmarshall General Crowder betonte in einer langen Erklärung über die Neueinberufungen zum Heeresdienst, es werde bei der Auswahl der Leute dafür gesorgt, daß Industrie und Landwirtschaft nicht geschädigt würden. Die Gesamtzahl der monatlich Einberufenen könne jetzt nicht angegeben werden, doch sollten nicht mehr eingezogen werden, als schnell ausgebildet werden könnten. Die Verteilung auf die Staaten werde auf einer Grundlage von 800 000 erfolgen. Aus der Industrie sollten solche Leute eingezogen werden, die nicht auf Grund besonderer Fähigkeiten oder Kenntnisse zu rückgestellt werden könnten. Der notwendige Teil von aus gebildeten Leute könne auf einem von drei Wegen bereit gestellt werden: 1. Schon im Militärdienst befindliche Männer, die viel Sonderausbildung besitzen, werden in die Linienregimenter und zu den Stäben genommen; 2. von den Auswahllämtern eingestellte Männer, selbst wenn für sie ein Aufschub besteht, werden vorsichtig herausgezogen und ebenso Leute aus den nationalen Industrien für den Dienst

bei den Truppen; 3. junge Männer im dienstfähigen Alter mit Bildungszeugnissen werden zum Dienst ausgehoben und an Universitäten und technischen Schulen gesandt, um in den technischen Wissenschaften unterrichtet zu werden, bis sie soweit gelernt haben, daß sie den geschaffenen Sonder einheiten zugeteilt werden können. In Uebereinstimmung mit dem Plan sagte General Crowder, daß für die 10 000 ausgebildeten Handwerker 10 000 junge Leute aus den Mittelschulen aufgerufen werden sollen, die an die verschiedenen technischen und anderen Schulinstitute geschickt werden sollen. Zusammenfassend könne gesagt werden, daß keineswegs plötzlich eine große Zahl von Leuten aus der Industrie und Landwirtschaft im kommenden Sommer herausgezogen werden solle. Die Leute sollten im Gegenteil in verhältnismäßig kleinen Gruppen während des ganzen Jahres berufen ausgehoben werden, daß Industrie und Landwirtschaft möglichst wenig gestört würden.

### Vermischte Nachrichten.

#### Reichstagswahl.

(W.B.) Berlin, 15. März. Bis gestern abend 11 45 Uhr war das Ergebnis der Reichstagswahl in Niederbarnim folgendes: Wisse (Soz.) 26 674, Freischütz (unabh. Soz.) 17 815, Dr. Marek (natl.) 7088, Hoffmann (F. V.) 5676 und Kühn (konf.) 4196 Stimmen. Ungültig waren 169, zerstückelt 56 Stimmen. — Es findet also Stichwahl zwischen den beiden sozialistischen Kandidaten statt.

#### Der Schleichhandel.

Zweibrücken, 14. März. Auch von den seltensten Gegenständen gibt es noch erhebliche Vorräte, wenn man nur das nötige Kleingeld dafür besitzt, wie die Beschlagnahme von Roll- und Zitrondorrräten aus dem hiesigen Bahnhof beweist. Durch die Bahnhofskontrolle konnten einer Händlerin aus Dudweiler gerade in dem Augenblick, als sie mit ihrer hier zusammengelaufenen Ware abdampfen wollte, Wolle, Nähzwirn, Seiden- und Stoffgarne im Werte von rund 2000 M. abgenommen werden. Die wertvolle Ware hatte die Händlerin in hiesigen Geschäften innerhalb kurzer Zeit zusammengelaufen. Es ist Anzeige bei der kgl. Staatsanwaltschaft erstattet.

#### Vorbereitung zur Heiligpreisung der Jungfrau von Orleans.

(W.B.) Rom, 13. März. („Ag. Stef.“) Gestern vormittag hat die Kongregation der Riten eine Sitzung abgehalten, um die Prüfung zweier durch die selige Jungfrau von Orleans bewirkten Wunder vorzubereiten, welche zur Grundlage ihrer Heiligpreisung gemacht werden sollen.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 15. März 1918.

#### Kriegsauszeichnung.

Ersatzreserveoffizier Karl Haug, Sohn des Fabrikarbeiters Christian Haug hier, hat die Silberne Militärverdienstmedaille erhalten.

#### Förderung.

Unteroffizier Michael Stoll von Oberkollwangen, Inhaber des Eisernen Kreuzes und der Silbernen Verdienstmedaille, wurde zum Sergeanten befördert.

#### Vom Rathaus.

\* Zu Beginn der gestrigen öffentlichen Sitzung des Gemeinderats unter dem Vorsitz von Stadtschultheißenamtsverwalter G. R. Treib wurden verschiedene Familienunterstützungen erörtert. — Den städtischen Unterbeamten soll auf ihr Ansuchen aus den städtischen Meldungen ein Los Brennholz zugewiesen werden im Rahmen des der Einwohnerzahl zustehenden Quantums. — Entsprechend den höheren Fuhr- und Tagelöhnen wurden auch die Sätze für den Rehrichtholzfuhr unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Familien mäßig erhöht. — Da zur Versorgung der Bevölkerung mit Brennholz durch die städtischen Waldungen nicht genügend Scheiterholz vorhanden ist, so sollen an solche Familien, die Platz dafür haben, neben einem Raummeter Scheiterholz auch 50 Reisigwellen abgegeben werden.

#### Strafbarer Verkehr mit Kriegsgefangenen.

\* Auf dem hiesigen Amtsgericht wurden am Mittwoch ein junger französischer Kriegsgefangener und ein 21 Jahre altes Mädchen, die Tochter des Verwalters eines Vereinshauses in Karlsruhe, eingekerkert. Das Mädchen hatte das erste Haus am Sonntag morgen heimlich verlassen, nachdem es sich einige Hundert Mark geborgt und den Kriegsgefangenen mit Zivilleidern versehen hatte. Das Paar nahm dann Wohnung im Gasthof zum „Mühlen Brunnen“ in Feinach, wo es sich als „Dr. Julius Firsch und Frau“ einschrieb. Infolge Anzeige seitens des Vaters des Mädchens erfolgte die Verhaftung. Das Mädchen steht nun einer empfindlichen Freiheitsstrafe entgegen, einmal wegen strafbaren Verkehrs mit Kriegsgefangenen und zweitens vielleicht auch wegen Begünstigung der Flucht eines Kriegsgefangenen.

#### Zwangserfassung des Herbstgemüses.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat nunmehr bestimmt, daß alles Herbstgemüse, das nicht durch Lieferungsverträge gebunden ist, zwangsweise erfasst wird. Es darf nicht jeder Anbauer zwar für sich behalten, was er in seinem Haushalt verbrauchen und in seinem Betriebe verarbeiten will. Geht er aber dazu über, Ware in Handel abzugeben, so bestimmt die Reichsstelle für Gemüse und Obst oder die von ihr hierzu ermächtigte Stelle, wohin die Ware zu leiten

ist und wer sie zu erhalten hat. In keinem Falle wird dann ein höherer, wahrscheinlich aber ein niedrigerer als der Lieferungsvertragspreis bezahlt werden. Es ist deshalb in diesem Jahre gänzlich ausgeschlossen, daß sich ein Anbauer, der keinen Lieferungsvertrag abschließt, für eine Ware einen höheren Preis sichern kann, als ihn derjenige Anbauer erhält, der sich durch Lieferungsverträge bindet. Das Gegenteil dürfte vielmehr mit Sicherheit eintreten.

#### Die wirtschaftliche Bedeutung unserer Friedensschlüsse.

Am 19. März, abends 8 Uhr, wird im Saale des „Badischen Hof“ in Calw Herr Professor Dr. R. J. Hartmann aus Stuttgart einen öffentlichen Vortrag über „Die wirtschaftliche Bedeutung unserer Friedensschlüsse“ halten. Bei der großen Wichtigkeit dieser Frage wird der Vortrag des auch hier bekannten Redners umso mehr allgemeines Interesse finden, als die rein sachlich gehaltenen Ausführungen die Bedeutung des Wirtschaftslebens im allgemeinen wie der wirtschaftlichen Ertragsleistungen und Möglichkeiten unserer Friedensschlüsse dartun werden.

#### Konzert in Nagold.

Am 17. März 1918, abends 8 Uhr, veranstaltet die Artistin Fräulein Alice Aid (Nagold) im „Trauben-Saal“ in Nagold zum Besten der Kriegshilfe daselbst ein Liederauflage. Fräulein Aid, welche bei der bekannten Solokammerfängerin Frau Rückbeil-Hiller in Stuttgart studiert hat, verfügt über eine sehr schöne, umfangreiche Stimme. Auf dem Programm hat sie sich einen schönen Strauß Lieder von Schubert, Schumann und Brahms zusammengestellt. Zum Schluß singt sie noch eine Arie aus Achilleus von Max Bruch, die ihres Textes wegen für die jetzige Zeit unsoeben passend und wirkungsvoll ist. Als Begleiter bringt sie den bekannten kgl. Musikdirektor Georg Ad. Rad (Stuttgart) mit, der überall als einer der besten Begleiter Stuttgarts gilt. Es steht somit ein großer Kunstgenuss für musliebende Kreise bevor und da das Konzert auch noch zum Besten eines wohltätigen Zweckes stattfindet, so wäre ein voller Saal unbedingt zu wünschen. — Kartenverkauf in der G. W. Zaiserschen Buchhandlung in Nagold.

#### Vom Landtag.

(W.B.) Stuttgart, 14. März. Die Zweite Kammer nahm in ihrer heutigen Sitzung zunächst eine Denkschrift der Regierung über Entschädigungen, Tagelöhner und Reiseflohen der Ständemitglieder in Anpassung an die Lebensverhältnisse zur Kenntnis. Darnach erhalten mit Wirkung vom 1. Februar ab die Ständemitglieder zu dem Tagelohn von 15 M. einen Zuschuß von 10 M., die Ständemitglieder, die Beamte oder Lehrer sind, zu dem Tagelohn von 11 M. einen solchen von 9 M. ferner die Präbenden der beiden Kammern einen jährlichen Zuschuß von 1400 M. die übrigen Mitglieder des Engeren Ständischen Ausschusses einen solchen von 500 M. Nachdem der Ministerpräsident die Zustimmung der Regierung kund getan hatte, bildete die Aenderung des Fürsorgegesetzes, das das Fürsorgegeld für Minderjährige auf das 18. Lebensjahr ausdehnt, den Gegenstand eingehender Beratung. Die Abg. Roth (W.) Mohr (Z.), Böchner (W.) und Hasel (W.) sprachen sich zu den Ausführanträgen zustimmend aus, allerdings mit dem Unterschied, daß der Abg. Roth sich gegen den Antrag Mohr wandte, der schon den Versuch, einen Bösging der Fürsorgeziehung zu entziehen, strafbar macht. Die Sozialdemokratische Partei und die Unabhängigen Sozialdemokraten ließen durch den Mund ihrer Redner Schlegel und Hornung wissen, daß sie sich mit der im Entwurf vorgesehenen Aenderung des Fürsorgegesetzes nicht anlassen können. Nachdem der Abg. Stroh (W.) dem Sparzwang der Jugend das Wort geredet hatte, erklärte sich Justizminister Mandry mit dem aus dem Ausschuss hervorgegangenen Antrag Mohr und der Entschliebung (allgemeine Durchsicht des Fürsorgeziehungsgesetzes und Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs) einverstanden. Hierauf wurde der Gesetzentwurf mit den Ausführanträgen gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. Für morgen steht das Berggesetz zur Beratung.

(W.B.) Mühlbach, 14. März. Nach einem Vorschlag des Stadtvorstands haben die bürgerlichen Kollegien beschlossen, daß die Stadtgemeinde für die hier in Betracht kommenden 70 Kriegswaisen die Kriegspatenschaft selbst übernimmt. Jedes Kind erhält vorerst ein Sparkassenbuch mit 50 M. Einlage bei der Oberamts Sparkasse als Beitrag für eine spätere Berufsausbildung oder Ausstattung.

#### Evangelische Gottesdienste.

Sonntag (Publik.) den 17. März. Vom Turm: 182. Predigt: 278. „Ich habe nun den Grund“. — 9 1/2 und 10 1/2 Uhr vorm.: Predigt, Stadtpf. Schmid. — 1 Uhr: Christenlehre mit den Eltern der jüngeren Abteilung. — 5 Uhr: Abendpredigt, Delan Zeller. — Sämtliche Gottesdienste im Vereinshaus. — Donnerstag den 21. März: 7 1/2 Uhr abends: Kriegsbefunde im Vereinshaus Stadtpf. Schmid. — Samstag den 23. März, abends 7 1/2 Uhr: Vorbereitung und Beichte im Vereinshaus, Stadtpf. Schmid.

#### Katholische Gottesdienste.

Samstag den 16. März: Osterbeichte für Frauen und Jungfrauen von 4 Uhr. — Passionssonntag den 17. März, 8 Uhr: Frühmesse. — 9 1/2 Uhr: Predigt und Amt. — 1 1/2 Uhr: Christenlehre. — 2 Uhr: Andacht — Montag, 7 1/2 Uhr: Trauergottesdienst für Frau Anna Schwarz. — Dienstag (Josephstag): Pfarrmesse um 7 1/2 Uhr für die Gemeinde. — Freitag, 6 1/2 Uhr: Abendkriegsbefunde.

#### Gottesdienste in der Methodistenkapelle.

Sonntag vormittags 9 1/2 Uhr und abends 5 Uhr: Predigt, Prediger Fräulein. Vormittags 11 Uhr: Sonntagsschule Mittwoch abends 8 1/2 Uhr: Kriegsbefunde.

für die Schriftl. verantwortl. Otto Selmann, Calw Druck u. Verlag der A. Dellshäuser'schen Buchdruckerei, Calw

# Sozialdemokrat. Partei.

Sonntag, den 17. März, nachmittags 1/4 Uhr,  
findet im Gasthof zum „Badischen Hof“ hier eine

## öffentliche Versammlung

statt.

Thema: „Die politische Lage“.

Redner: Herr Otto Steinmayer aus Stuttgart.

Dazu ist jedermann, auch Frauen, freundlichst eingeladen.

Der Einberufer.

## Den Herren Staatsbeamten, Geistlichen, Lehrern

usw. welche die jeweils verfügbaren  
Beträge ihrer neuerdings vierteljährlich  
vorauszubehaltenden Gehälter bei uns

## in laufend. Rechnung anlegen,

vergüten wir 3 1/2 % Zinsen p. a.  
Das Guthaben kann in beliebigen Sum-  
men durch Anweisungen, Schecks, oder  
bar abgehoben werden. Zu diesem  
geschäftlichen Verkehr, zu welchem wir  
hiemit einladen, ist die Erwerbung  
der Mitgliedschaft nicht erforderlich.

**Creditbank für Landwirtschaft  
und Gewerbe in Calw e. G. m. b. H.**

**Ehr. Paul Rau, Wildberg**

empfiehlt

**Grasmähmaschinen,**

**Heuwender,**

**Schwadenrechen,**

erstklassiges deutsches Fabrikat.

**Photographisches Atelier C. Fuchs, Calw**  
empfiehlt sich für

**Vergrößerungen**

in bester Ausführung zu bekannt mässigen Preisen. — Telefon 87.  
Sämtliche Artikel und Arbeiten für Liebhaberphotographen.

## Zwei junge Feldgrane

wünschen mit hübschen Fräulein  
mit etwas Vermögen in Verbindung  
zu treten zwecks

späterer Heirat.

Antw. unter M. R. 30 an die  
Geschäftsst. ds. Blattes.

Braves Küchen-

## Mädchen

für sofort oder sobald wie möglich  
gesucht.

Sommer, Kurparkhotel  
Bad Liebenzell.

Ein braves

## Mädchen,

das selbständig kochen kann und  
auch Hausarbeit übernimmt, mit  
guten Zeugnissen in kleine Familie  
auf 1. April

gesucht.

Frau Berta Hansmann,  
Pforzheim, Bleichstraße 24 II.

Hirsau.

Einen ordentlichen

## Jungen

von 14 bis 16 Jahren, zum filtern  
von 3 Rühen

sucht auf 1. April.

Gotlieb Ganzhorn, Wirt.

Einen ordentlichen

## Jungen,

welcher das Schreinerhand-  
werk erlernen will,  
nimmt in die Lehre

Gotlob Rayer, Bau- und  
Möbelschreinerei, Wildbad.

Einen ordentlichen

## Jungen,

welcher Lust hat, das Schneider-  
handwerk auf Herren- u. Damen-  
Garderobe zu erlernen,

nimmt in die Lehre.

Karl Aupperle, Schneider-  
meister, Schorndorferstr. 1. Remst.

Auskunft erteilt

Georg Pfeiffer, Badstraße.

Ziehung 21. März 1918.

Große Allmendinger

Geld-Lotterie

2002 Geldgewinne mit Mark:

40,000

Hauptgewinne Mark:

15000

5000

2000

Losse zu 1 Mark,  
13 Lose 12 Mk., Porto u. Liste 30 Pf.  
mehr, in allen Verkaufsstellen und  
J. Schweickert, Lotterio-  
Stuttgart, Marktstr. 8, Telefon 1921

Hier bei Fr. Wirth, S. Obermatt, Fr. Spitzfelder,  
Weilberghaus, Sulz am Main.

## Dr. Mezger

Ist b. 14. April auf Musterung auswärts.

Letzte Sprechstunde

Samstag, den 16. März.

Erste Sprechstunde wieder

Montag, den 15. April.

Dazwischen Sprechstunde

Ostersonntag 2 Uhr.

## Zahnpraxis F. Lack, Bad Liebenzell.

Telefon Nr. 52.

Sprechstunden von 9—12 Uhr und von 2—5 Uhr.

An Sonn- und Feiertagen, sowie Samstags geschlossen.

Bei länger dauernder Behandlung

ist vorherige Anmeldung unbedingt notwendig.

Eine freundliche

## 3-Zimmerwohnung

samt Zubehör ist an ruhige Familie  
auf 1. Juli

zu vermieten.

Carl Servo.

Eine kleinere

## Wohnung

hat auf 1. April

zu vermieten.

Anna Feher, Bischoffstr. 488.

In Hirsau ist bis 1. Mai oder  
später eine

## 2-Zimmerwohnung

(mit Koch- und Leuchtgas) samt Zu-  
behör u. Gartenanteil zu vermieten.

Schriftliche Anträge nimmt ent-  
gegen die Geschäftsstelle des Blatt.

Ein besseres

## möbliertes Zimmer

hat sogleich oder später an soliden  
Herrn

zu vermieten.

Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bl.

## 3-4-Zimmer- Wohnung

in freier sonniger Lage auf

auf 1. Juli gesucht,

(womöglich mit kl. Gartenanteil).

Angebote unter St. R. 21 an  
die Geschäftsstelle dies. Bl. erbeten.

## Al. Anwesen

ist zu verkaufen

oder zu verpachten.

Näh. in der Gesch. ds. Bl.

Einen mittelgroß. eisernen

## Herd

mit Wassererschiff,

hat zu verkaufen

J. Röhm, Mechaniker,

Dedenpfronn.

## Kirchenbau Allmendingen!

## Loose

à 1 Mk. Hauptgewinn 15000 Mk.  
bei Friseur Witz, Marktpl.  
Ziehung 21. März

## Stützenleiter

mit 16 Sprossen, und  
hölzerne Waschmange  
beides sehr gut erhalten, zu verkaufen  
Inselstraße 212

Guterhaltenen

## Sportwagen

billig zu verkaufen  
Nonnengasse Nr. 143.

Oberreichenbach.

Empfehle

## Gartenjamen

## und Steckzwiebel

solange Vorrat,

Fr. Volz, Handlung.

## Eichen- und Fichtenrinde

Ernte 1918, kauft zu festgesetz-  
ten Höchstpreisen jedes Quantum,  
fachkundige Ankäufer er-  
halten hohe Einkaufsprovision.

Ernst Schent, Lohmühle,

Call t. d. Eifel.

## Der Dank

eines jeden Feld-  
grauen ist Ihnen

sicher, wenn sie ihm

sein Heimat-Blatt

ins Feld senden.